



Flüchtlinge in der Gemeinschaftsunterkunft in Neumünster: Der PARITÄTISCHE fordert dezentrale Unterbringung.

Kettenduldung und kein Ende: Zittern vor dem Jahreswechsel

Jobsuche für Flüchtlinge besonders schwer / Stellen dringend gesucht

Auf ein Ende der Kettenduldung hofften Flüchtlingsorganisationen und Betroffene 2007: Flüchtlinge, die seit Jahren oder Jahrzehnten ohne dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland leben, bekamen eine „Aufenthaltsgenehmigung auf Probe“ und damit die Chance, sich Arbeit zu suchen und finanziell auf eigene Beine zu kommen. Nun allerdings zieht sich die Kette wieder enger. Schuld ist unter anderem die Wirtschaftskrise, die es den Betroffenen erschwert, einen Job zu finden. Wohlfahrtsverbände fordern daher, die Frist, in der die „Altfälle“ eine Arbeit finden müssen, fallen zu lassen oder mindestens zu verlängern.

Bundesweit sind 35.000 Menschen betroffen. In Schleswig-Holstein haben 505 Menschen eine Aufenthaltserlaubnis nach der Altfallregelung erhalten, 77 Prozent davon (391) nur „auf Probe“. Sind sie bis Jahresende nicht in Lohn und Brot, rutschen sie wieder in den Status der Duldung zurück und müssen vor der Abschiebung bangen.

„Wir merken die Probleme konkret bei der Arbeit des Netzwerkes Land in Sicht“, sagt Krystyna Michalski, beim PARITÄTISCHEM zuständig für Migration. Das mit EU- und Bundesmitteln geförderte Projekt schult Flüchtlinge und hilft ihnen bei der Arbeitssuche. Mehrere Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEM sind beteiligt, der Dachverband selbst tritt in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat als Träger auf (sozial berichtete). „Die Menschen sind sehr motiviert, vor allem die Jugendlichen, die zu einem großen Teil in Deutschland aufgewachsen sind und die sich freuen, endlich auf dem Arbeitsmarkt durchstarten zu dürfen“, sagt die Netzwerkkordinatorin Johanna Boettcher. Aktuell aber sei es fast unmöglich, Jobs zu finden. „Zeitarbeitsfirmen, Pizzadienste, Reinigungsfirmen - alle sparen zurzeit“, weiß Boettcher. „Wir suchen vergleichbare Stellen.“ Denn die Betroffenen bringen naturgemäß wenig hierzulande gesammelte Berufserfahrung mit, immerhin durften sie ohne geregelten Status nicht arbeiten. Viele hatten kaum Kontakt zu Deutschen, daher sind die Sprachkenntnisse gering. „Jede und jeder Einzelne will arbeiten“, sagt Boettcher. „Aber je mehr Zeit vergeht, desto mehr wächst die Angst: Was wird im Dezember? Sind alle Hoffnungen vergebens gewesen?“ Alle am Projekt beteiligten Organisationen und der PARITÄTISCHE hoffen daher, dass sich im sozialen Sektor Stellen finden. „Küchen in Pflegeheimen, Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Jugendeinrichtungen, in denen helfende Hände fehlen“, nennt Michalski als Beispiele. Auch der Dachverband werde versuchen zu helfen.

Doch ohne Fristverlängerung droht sogar denjenigen die Abschiebung, die Arbeit finden: „Unbefristeten Aufenthalt erhält nur, wer den überwiegenden Teil des Jahres, also seit April, ohne Transferleistungen auskommt“, so Michalski. „Aber seit diesem Zeitpunkt schlägt die Finanzkrise auf die Realwirtschaft durch. Diese Entwicklung war beim Entwurf des Gesetzes nicht abzusehen - konsequenterweise müsste die Politik auf die veränderten Bedingungen eingehen.“

Einen entsprechenden Appell richteten der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein und der PARITÄTISCHE an den Innen- und Rechtsausschuss des Landes. Unter anderem argumentieren sie, dass ein Beharren auf den Buchstaben des heutigen Gesetzes nicht nur dem politischen Willen - nämlich, die Kettenduldung abzuschaffen - widerspricht, sondern darüber hinaus keine Wirkung hat, außer die Betroffenen zu entmutigen: „Erwerbsunfähige, also alte oder kranke Menschen sind von der Altfallregelung faktisch ausgeschlossen“, so Martin Link, Geschäftsführer des Flüchtlingsrates. „Aber diese Menschen können in der Regel nicht abgeschoben werden und bleiben damit sowieso in Deutschland. Es ist nicht ersichtlich, warum ihnen kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht gewährt wird.“ Somit könnten allenfalls diejenigen abgeschoben werden, die generell erwerbsfähig sind - unter anderem Jugendliche, die in Zukunft auf dem Arbeitsmarkt dringend gebraucht werden. „Diesen Menschen jetzt Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu geben, ist eine Investition in die Zukunft“, betont Krystyna Michalski.

Informationen erteilen Johanna Boettcher, Telefon 0431 / 239-3924, lis@frsh.de, oder Krystyna Michalski, Telefon 0431-560 223, Fax: 0431-560 288 23 sowie per E-Mail, michalski@paritaet-sh.org.